

Die FDP, Europa und das Ende des Ost-West-Konflikts 1987–1992

In der Zeit zwischen 1987 und 1992 befand sich Europa in einer doppelten Übergangsphase. Aus der Europäischen Gemeinschaft (EG) wurde die Europäische Union (EU), während, beschleunigt durch den Zerfall der sozialistischen Systeme, der Ost-West-Konflikt endete. Die FDP war ein wichtiger Akteur dieser Transformationszeit.¹ Sie gestaltete diese in Regierungsverantwortung mit und stellte seit 1969 durchgehend den Außenminister, darunter Hans-Dietrich Genscher mit seiner monumentalen Amtszeit von achtzehn Jahren zwischen 1974 und 1992. Ziel dieses Aufsatzes ist es, das Wechselverhältnis von europäischer Integration und dem Ende des Ost-West-Konflikts im Spiegel der Europapolitik der FDP genauer zu bestimmen.

Da es sich sowohl bei der europäischen Integration als auch bei der Auflösung der bipolaren Welt um tiefgreifende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungsprozesse handelt, gibt es mittlerweile umfangreiche Literatur zu beiden Themenkomplexen, auch wenn viele Arbeiten aufgrund der Sperrfristen bisher ohne archivalische Quellen auskommen mussten.² Wie sich die beiden Prozesse gegenseitig beeinflussten, stand selten im Fokus, geriet in jüngerer Zeit aber wieder stärker in den Blick der Geschichtswissenschaft.³

Zwei konfligierende Beobachtungen bilden den Ausgangspunkt der Analyse. Zunächst fällt auf, dass die FDP und vor allem Hans-Dietrich Genscher Fortschritte bei der europäischen Integration, die bis in die 1980er Jahre ein

1 Zum Begriff „Transformation“ vgl. ausführlicher Philipp Ther: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa. Berlin 2014, S. 26–40.

2 Vgl. bereits auf breiter Quellenbasis Kristina Spohr: Wendezeit. Die Neuordnung der Welt nach 1989. München 2019; Mary Elise Sarotte: 1989. The Struggle to Create Post-Cold War Europe. Princeton 2014; noch vor der Öffnung der Archive erschien beispielsweise das Themenheft zum Vertrag von Maastricht: Journal of European Integration History 1 (2013).

3 Vgl. Ulrich Krotz u.a. (Hrsg.): Europe's Cold War Relations. The EC Towards a Global Role. London 2020; Kiran Patel: Projekt Europa. Eine kritische Geschichte. München 2018, S. 100–102; Piers Ludlow: Not a wholly new Europe. How the integration framework shaped the end of the Cold War in Europe. In: Frédéric Bozo u.a. (Hrsg.): German Reunification. A multinational history. London/New York 2017, S. 133–152; Kiran Patel/Kenneth Weisbrode (Hrsg.): European Integration and the Atlantic Community in the 1980s. New York 2013; zum Kalten Krieg vgl. auszugsweise Sarotte: 1989 (wie Anm. 2); Frederike Schotters: Frankreich und das Ende des Kalten Krieges. Gefühlsstrategien der équipe Mitterrand 1981–1990. Berlin/Boston 2019, S. 166–250 und 352–430.

primär westeuropäisches Projekt war, nicht als Selbstzweck zu betrachten schienen. Vielmehr schrieb die FDP der europäischen Integration eine zentrale Funktion für das Erreichen eines übergeordneten Ziels zu: der Überwindung des Ost-West-Konflikts. Als Resultat sollte eine „Gesamteuropäische Friedensordnung“⁴ stehen, in der auch die Ostdeutschen ihre politische Zukunft selbst würden bestimmen können. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch erkennbar, dass jene Dossiers, die den Kern integrationspolitischer Reformen in den 1980er Jahren ausmachten, wie die Wirtschafts- und Währungsunion oder die Stellung des Europäischen Parlaments, einer eigenen Dynamik folgten und Pfadabhängigkeiten aufwiesen, die sich mühelos bis an das Ende der 1970er Jahre zurückverfolgen lassen – eine Zeit, zu der ein Kollaps des Staatssozialismus bei Weitem nicht absehbar war. Es liegt daher der Schluss nahe, dass die bestehende Integrationspolitik von der FDP auch deshalb so eindeutig in den Kontext des Ost-West-Konflikts gestellt wurde, um sie mit einer starken zusätzlichen Legitimationsquelle zu versehen.

In einem ersten Schritt wird der von der FDP betonte Nexus zwischen europäischer Integration und dem Ende des Ost-West-Konflikts analysiert und in den historischen Kontext eingeordnet. Dabei steht das Außenministerium unter der Führung Hans-Dietrich Genschers im Fokus. Im zweiten Abschnitt wird eine alternative Lesart vorgeschlagen und argumentiert, dass wichtige Gründe für die Intensivierung der europäischen Integration am Ende der 1980er Jahre in der Binnendynamik des Integrationsprozesses zu suchen sind. In einem dritten Schritt wird schließlich die These aufgestellt, dass die FDP den Übergang von der Gemeinschaft zur Union auch deshalb mit großem Engagement unterstützte, weil die Reformpläne von drei Strömungen des Wirtschaftsliberalismus geprägt waren, für die auch einflussreiche Politiker der FDP, insbesondere im Außen- und im Wirtschaftsministerium, standen.

I.

Die Liberalen und vor allem Genscher stellten häufig eine enge Verknüpfung zwischen dem Ende des Ost-West-Konflikts und der europäischen Integration her. Sie bestimmten jedoch selten genauer, welcher Art diese Verknüpfung war. So betonte Genscher einem internen Protokoll zufolge im Ge-

4 Beispielsweise in: Rede von Hans-Dietrich Genscher anlässlich der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier Vertrages (Moskau, 12. September 1990), S. 3, auf der Website des Centre Virtuel de la Connaissance sur l'Europe (CVCE) unter: <https://www.cvce.eu/> [02.07.2020]. Synonym verwendete Genscher auch die Begriffe „europäische Friedensordnung“ und „Friedensordnung für ganz Europa“. Vgl. die Reden in Hans-Dietrich Genscher: Zukunftsverantwortung. Berlin 1990, S. 19 und 85.

sprach mit dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Laurent Fabius bereits im Juli 1987, „Gorbatschow sei noch für viele Überraschungen gut, was die Dynamik im West-Ost-Verhältnis verstärke. Diese Dynamik bedürfe einer Entsprechung im europapolitischen Prozeß.“⁵ Die Währungsunion, die seit 1988 wieder verstärkt diskutiert wurde, beschrieb Genscher als ein Instrument, um die Anziehungskraft auf das restliche Europa zu erhöhen. So Genscher in einem Gespräch mit Mitterrand vom Oktober 1989:

„Wir akzeptierten den Delors-Bericht in allen seinen drei Etappen und in seiner Finalität. Fortschritte auf diesem Gebiet würden Europa zum Guten hin verändern. Diese Fortschritte beträfen nicht nur die Zwölf. Hier spiele sich der wirklich dynamische Prozeß in Europa ab. Diese Entwicklung werde auch den Osten beeindrucken. Dies sei ein wirklich großes Thema.“⁶

Dies war eine durchaus erstaunliche Interpretation, handelte es sich beim Delors-Bericht doch um ein hochgradig technisches Papier, für das außerhalb eines engen Zirkels von gut informierten Ökonomen wohl kaum echte Begeisterung aufkam. Die „FDP-Leitsätze zur Europawahl“, verabschiedet im Februar 1989, sprachen eine ähnliche Sprache. Die dort formulierten Ziele atmeten erkennbar den Geist der späten 1980er Jahre, als sich angesichts der beginnenden Revolutionen im Osten ein globaler Siegeszug von Liberalismus und Demokratie anzubahnen schien, und zeigten, dass die europäische Integration in diesem Zusammenhang gesehen wurde. „Erhaltung des Friedens in Europa, langfristige Selbstbehauptung unseres Kontinents, Durchsetzung der Menschenrechte, der Demokratie und des Friedens in der Welt“, all dies könne „nicht mehr von den Nationalstaaten, sondern *nur* von einer Europäischen Union“ erreicht werden.⁷

Das zeigt zunächst, wie groß die Erwartungen der FDP an das Gemeinschaftsprojekt waren. Kiran Patel hat dafür den Begriff der „synecdochic qualities“ geprägt. Damit beschreibt er die Fähigkeit der Gemeinschaft, für die Zukunft Europas als Ganzes zu stehen, obwohl dieser Anspruch zu keinem Zeitpunkt gerechtfertigt war. Schließlich gab es neben der EG und dann EU noch eine ganze Reihe weiterer internationaler Organisationen auf dem

5 Vermerk, Gespräch zwischen Genscher und Fabius, 23. Juli 1987. In: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin (PA AA), B 1/178903.

6 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1989. Bd. 1. Hrsg. v. Andreas Wirsching/Hélène Miard-Delacroix/Gregor Schöllgen, bearb. v. Dorothee Pautsch et al. Berlin/Boston 2019, Dok. 142, S. 638.

7 Bundeshauptausschuß Saarbrücken, 25.02.1989, F.D.P.-Leitsätze zur Europawahl. In: Hans-Jürgen Beerfeltz u.a. (Hrsg.): Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P. 1980–1990. Baden-Baden 1990, S. 863 [Hervorhebung des Autors].

europäischen Kontinent wie Europarat, WEU, OSZE oder NATO.⁸ Zum anderen sind die Leitsätze zur Europawahl ein weiterer Beleg dafür, dass aus Sicht der FDP der Außenwirkung der europäischen Integration eine wichtige Funktion zukam. Warum jedoch *nur* die zur Union werdende Gemeinschaft dazu in der Lage gewesen sei, die übergeordneten europapolitischen Ziele am Ende des Ost-West-Konflikts zu erreichen, bleibt wie bei den vorangegangenen Beispielen ohne explizite Erklärung.

Auf der Suche nach einer Erklärung wird man am ehesten in einem Kontext fündig, der über die Europäische Gemeinschaft hinausweist. Nämlich dann, wenn es um die sogenannte „Gesamteuropäische Friedensordnung“ ging. Genscher vertrat die Auffassung, die Vertiefung der europäischen Integration habe eine stabilisierende Wirkung auf ganz Europa und trage so zur Etablierung einer Friedensordnung nach dem Ende des Kalten Krieges bei. Am deutlichsten wurde er dazu, was unter einer solchen Friedensordnung zu verstehen war, in einer Rede vor der Versammlung der Westeuropäischen Union im März 1990. Dort entwickelte er ein rudimentäres Phasenmodell, an dessen Ende NATO und Warschauer Pakt, so konnte die Rede verstanden werden, aufhören würden zu existieren.⁹ Dazu seien in einer ersten Phase kooperative Sicherheitsstrukturen zwischen NATO und Warschauer Pakt nötig, die dann in einer zweiten Phase durch ein System „gemeinsamer kollektiver Sicherheit“ überwölbt würden, bis die bestehenden Bündnisse in diesen neuen Strukturen „aufgehen“ würden.¹⁰ Der Europäischen Gemeinschaft kam in dieser neuen Ordnung die Funktion des „Stabilitätsankers“¹¹ zu.

Gleichzeitig betonte Genscher jedoch immer wieder, dass sich die Gemeinschaft in einem Zustand „ungeheure[r] Dynamik“¹² befand. Das Spannungsverhältnis zwischen Stabilität und Dynamik synthetisierte er in der ihm eigenen Art: „Wir wollen eine sich dynamisch gestaltende Stabilität für ganz Europa.“¹³ Die EG hatte zweifelsohne eine stabilisierende Wirkung. Sie war nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine Plattform für Ver-

8 Vgl. Kiran Patel: Provincialising European Union. Co-operation and Integration in Europe in a Historical Perspective. In: Contemporary European History 22, 4 (2013), S. 649–673, hier S. 665 sowie ders.: Projekt Europa (wie Anm. 3), S. 88 ff.

9 Nachdem Kohl sich gegen seinen Vorschlag gestellt hatte, sah sich Genscher gezwungen, öffentlich zu dementieren, ihm habe die Auflösung der NATO vorgeschwebt. Vgl. Gerhard A. Ritter: Deutschland und Europa. In: Kerstin Brauckhoff/Irmgard Schwaetzer (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015, S. 209–241, hier S. 227 f.

10 Hans-Dietrich Genscher: Die deutsche Vereinigung als Beitrag zur europäischen Stabilität. Rede anlässlich der Sondersitzung der WEU-Versammlung am 23. März 1990 in Luxemburg. In: Ders.: Zukunftsverantwortung (wie Anm. 4), S. 139–152, insb. S. 148.

11 Ebd., S. 143.

12 Ders.: Erinnerungen. München 1995, S. 375.

13 Ders.: Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit. Berlin 1991, S. 260.

trauensbildung.¹⁴ In den Jahren 1989/90 überwog nach anfänglicher Skepsis in London und Paris doch das Vertrauen, dass auch ein wiedervereinigtes Deutschland ein verlässlicher Partner sein würde, was für Stabilität im westlichen Bündnis sorgte. Doch warum sollte die Integration noch dynamisiert und vertieft werden – darauf lief die von der FDP befürwortete Gründung einer Europäischen Union hinaus –, wenn das Ziel Stabilität in einer „Gesamteuropäischen Friedensordnung“ war?

Die Vorstellung von der dynamischen Stabilität ist nicht nur ein semantisches Paradoxon, sondern auch inhaltlich schwer aufzulösen. Eine Vertiefung konnte schließlich ebenso bedeuten, dass der Graben zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und den Nicht-Mitgliedstaaten in Europa tiefer wurde – ein Argument, das die britische Regierung unter Margaret Thatcher vorbrachte.¹⁵ Von deutscher Seite wurde die britische Regierung verdächtigt, den Einsatz für die Erweiterung lediglich aus taktischen Gründen einzusetzen, um unliebsame Projekte wie die Währungsunion auszubremsen.¹⁶ Das Argument ist dennoch berechtigt. Die Vertiefung der Integration bedeutete auch, dass der ohnehin schon umfangreiche *acquis communautaire*, die Summe aller Vertrags- und europarechtlicher Bestimmungen, an Komplexität gewann. Damit wurde die ohnehin schon hoch liegende Latte für einen Beitritt noch einmal höhergelegt.

Neben der Überzeugung, die europäische Integration erweise sich als Stabilitätsanker, hegte Genscher die Erwartung, die Europäische Gemeinschaft werde dank ihrer anziehenden Wirkung auf die Staaten Zentral- und Osteuropas dazu beitragen, das Ende des Ost-West-Konflikts herbeizuführen. Spätestens im Jahr 1988 war er zu dem Schluss gekommen, dass die EG „für die osteuropäischen Staaten inzwischen Modellcharakter angenommen habe“.¹⁷ In der Folgezeit wurde er nicht müde zu betonen, dass die Gemeinschaft kein exklusiver Club sein dürfe, was berechtigterweise als ein Signal gewertet wurde, dass der Außenminister eine potentielle Osterweiterung der Ge-

14 Vgl. Patel: Projekt Europa (wie Anm. 3), S. 86 f. und 98 ff.

15 Vgl. beispielsweise die Rede von Margaret Thatcher am 5. August 1990 vor dem Aspen Institute: „But if instead we set off down the path of giving more and more powers to highly centralised institutions [...] then we should be making it harder for the Eastern Europeans to join.“ In: The National Archives London (TNA), FCO 98/4398.

16 Der Verdacht, die britische Regierung versuche die Integration auszubremsen, wurde im britischen Außenministerium als Gefahr wahrgenommen. „The argument that the pace of political or monetary integration should be slowed to suit potential applicants would cut no ice, and damage our case.“ T. M. J. Simmons an Jones Perry vom 31. August 1990. In: Ebd.; sowie Telegramm von D. S. Broucher (britische Botschaft in Bonn), 2. November 1990: „he [Kohl] also sees enlargement, following the Prime Minister’s Aspen speech, as a British trojan horse.“ In: TNA, FCO 98/4400.

17 AAPD (wie Anm. 6) 1988. Bd. 2., Dok. 333, S. 1749.

meinschaft prinzipiell befürwortete.¹⁸ Damit war Genscher auf einer Linie mit dem Bundeskanzler, der in seinem Zehn-Punkte-Programm vom 28. November 1989 forderte, „die EG darf nicht an der Elbe enden, sondern muß die Offenheit auch nach Osten wahren.“¹⁹

Die Erwartung, die Staaten Zentral- und Osteuropas könnten bald zu Beitrittskandidaten der EG werden, speiste sich gewiss auch aus historischer Erfahrung. Die Regierungen Portugals und Spaniens hatten nach dem Zusammenbruch ihrer Diktaturen den Beitritt zur EG unmittelbar zu einem außenpolitischen Ziel ersten Ranges erklärt. Die liberale Staatsministerin im Auswärtigen Amt Irmgard Adam-Schwaetzer sprach in diesem Zusammenhang von „überständige[n] Restdiktaturen“, die von der „Schwerkraft demokratischer Konzentration“ beseitigt worden seien.²⁰ 1989/90 schien sich dieser Prozess östlich der EG-Außengrenze zu wiederholen.²¹

Dass die Erweiterung nicht das einzige denkbare Szenario war, zeigt jedoch der Blick auf Frankreich. In seiner Neujahrsansprache vom 31. Dezember 1989 war der französische Staatspräsident François Mitterrand mit einem weitreichenden Plan zur Neuordnung Europas nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hervorgetreten, dem ebenfalls die Erwartung zugrunde lag, dass sich die zentral- und osteuropäischen Staaten nach Westen orientieren würden.²² Nur kam Mitterrand zu einer ganz anderen Schlussfolgerung. Er schlug die Gründung einer „confédération européenne“ vor, die den Staaten Zentral- und Osteuropas eine Perspektive eröffnen würde. Die Konföderation sollte den entstehenden Demokratien einen politischen Rahmen für eine Begegnung auf Augenhöhe mit den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft ermöglichen, ihnen aber den hohen Anpassungsdruck eines Beitrittsgesuchs ersparen. Es blieb jedoch der Verdacht, dass es dem französischen Präsi-

18 Vgl. beispielsweise das Interview von Genscher mit der Wirtschaftswoche v. 16.9.1988, in dem es heißt: „Die Europäische Gemeinschaft muss ihrer Grundphilosophie folgend für die Mitgliedschaft aller europäischen Demokratien offen sein.“

19 Helmut Kohl: Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vom 28.11.1989, Punkt sieben, https://www.cvce.eu/obj/zehn_punkte_programm_zur_uberwindung_der_teilung_deutschlands_und_europas_28_november_1989-de-eebelb22-f312-4082-bcb0-ea8f27382c17.html [5.5.2021], S. 7.

20 Rede von Staatsministerin Adam-Schwaetzer in Brüssel vom 5. November 1987. In: Bulletin der Bundesregierung 117–87. Für die Haltung Genschers zur Süderweiterung vgl. Agnes Bresselau von Bressendorf: Liberale Europapolitik? Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und der Weg zur Einheitlichen Europäischen Akte (1981–1986). In: Brauckhoff/Schwaetzer (Hrsg.): Genschers Außenpolitik (wie Anm. 9), S. 173–191, hier S. 176 ff.

21 Vgl. Ludlow: Not a wholly new Europe (wie Anm. 3), S. 137.

22 Der Text der Fernsehansprache : <https://www.vie-publique.fr/discours/139496-allocation-d-e-m-francois-mitterrand-president-de-la-republique-loc> [11.6.2020].

ten eigentlich darum ging, eine rasche EG-Erweiterung zu verhindern.²³ Die Staaten in Zentral- und Osteuropa sollten nicht unmittelbar zu Anwärtern auf eine Mitgliedschaft in der Gemeinschaft werden, sondern zunächst „konföderiert“, also ökonomisch und politisch angebunden, aber eben nicht, wie von Genscher und Kohl bevorzugt, integriert werden.²⁴

Mit der Annahme, das Gravitationszentrum der Europapolitik liege im Westen und der Europäischen Gemeinschaft komme eine Schlüsselfunktion bei der Gestaltung der Epochenwende zu, schloss sich die FDP also an eine im Westen Europas verbreitete Meinung an. Die Haltung der FDP zeichnete sich jedoch dadurch aus, dass sie stärker als andere Akteure, insbesondere die Regierungen von Frankreich und Großbritannien, auf die europäische Integration in ihren nach innen und außen gerichteten Dimensionen setzte, um die Etablierung einer „Gesamteuropäischen Friedensordnung“ zu erreichen. Die Vertiefung der Integration sollte aus Sicht der FDP zur Stabilität in Europa beitragen. Hier war beispielsweise die britische Regierung anderer Meinung. Die Erweiterung der Gemeinschaft, für die sich die FDP wie schon bei der Süderweiterung früh offen zeigte,²⁵ sollte schließlich die Spaltung des Kontinents überwinden, was von der französischen Regierung zunächst abgelehnt wurde.

II.

Warum intensivierte sich der europäische Integrationsprozess Ende der 1980er Jahre? Die FDP begründete die Intensivierung in erster Linie damit, dass ihr eine wichtige Funktion zur Überwindung der Spaltung Europas zukam. Im Folgenden wird ein alternativer Interpretationsansatz vorgeschlagen, der auf die Binnendynamik des Integrationsprozesses fokussiert und aus zwei Aspekten besteht.

Erstens wurde die europäische Integration Ende der 1980er Jahre nicht primär beschleunigt, um das Ende des Ost-West-Konflikts herbeizuführen, sondern *weil* der Ost-West-Konflikt endete: Die Revolutionen in der DDR, der Tschechoslowakei, Polen und den anderen Staaten Zentral- und Osteuropas drohten die Parameter auch für die innergemeinschaftliche Diskussion so

23 Vgl. Interview von François Mitterrand für L'Expansion vom 17. Oktober 1991. In: Archives Diplomatiques La Courneuve (AD), Direction des affaires économiques et financières (DEAF) 3432 sowie die Note von Claude-France Arnould, Confédération et Communauté européenne vom 8. Januar 1991. In: Ebd.

24 Von einer raschen Erweiterung sah Mitterrand offenbar die Vertiefung der EG zur Politischen Union gefährdet. Vgl. Schotters: Frankreich (wie Anm. 3), S. 398–429; Frédéric Bozo: The Failure of a Grand Design. Mitterrand's European Confederation 1989–1991. In: Contemporary European History 17 (2008), S. 391–412, insb. S. 399.

25 Vgl. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 12), S. 370 f.

stark zu verändern, dass die Verhandlungen zur Gründung einer Europäischen Union potentiell in Gefahr waren – Verhandlungen, deren Misserfolg eine große Mehrheit der involvierten Akteure unbedingt verhindern wollte.²⁶ Um zu verstehen, wie die Europäische Gemeinschaft an diesen Punkt gekommen war, ist ein kurzer Rückblick nötig.

Zu Beginn der 1980er Jahre war in Wirtschaft, Politik und Kultur Westeuropas eine Desillusionierung mit den Zukunftsversprechen des Nachkriegsbooms weit verbreitet.²⁷ Der Zustand der Gemeinschaft schien Ausdruck dieses umfänglichen Krisenempfindens zu sein. Seit Anfang der 1970er Jahre stagnierte die europäische Integration, so jedenfalls die zeitgenössische Wahrnehmung. Der Begriff „Eurosklерose“ machte die Runde.²⁸ Die jüngere Forschung hat gezeigt, dass vieles an dieser Diagnose zu pessimistisch war. In den 1970er Jahren wurde das Europäische Währungssystem (EWS) als ein Vorläufer der Währungsunion etabliert und der Europäische Gerichtshof trieb die Integration durch wegweisende Urteile zum Binnenmarkt voran. Die 1970er Jahren sollten daher als Inkubationsphase für die Durchbrüche der 1980er Jahre gelesen werden.²⁹ Keine dieser Entwicklungen war jedoch dazu geeignet, für europapolitische Aufbruchsstimmung zu sorgen. Dies änderte sich erst Mitte der 1980er Jahre, als mit den Verhandlungen zur Einheitlichen Europäischen Akte, die erste Vertragsänderung seit 1957, die Europäische Gemeinschaft wieder zur Hoffnungsträgerin wurde. Das Gravitationszentrum der Reform war die Liberalisierung des europäischen Binnenmarktes.³⁰ Damit fügte sich die Integrationspolitik in einen größeren Trend ein, der in der Abkehr vom Keynesianismus und der Hinwendung zu Markt-reformen bestand.³¹ Seit etwa 1987 wurde schließlich intensiv über weitere Reformen debattiert, die in der Gründung der Europäischen Union münden

26 Ludlow: Not a wholly new Europe (wie Anm. 3), S. 146.

27 Vgl. Fernando Esposito: No future – Symptome eines Zeit-Geists im Wandel. In: Morten Reitmayer u.a. (Hrsg.): Die Anfänge der Gegenwart. München 2014, S. 95–108.

28 Der Begriff „Eurosklерose“ insinuierte eine schleichende, aber doch totale Lähmung bringende Krankheit, die die EG angeblich befallen hatte. Er wurde von dem Ökonomen Herbert Giersch, einem wirtschaftsliberalen Kritiker der EG, in den 1980er Jahren geprägt, der damit strukturelle Wachstumshindernisse anprangerte, insbesondere die Macht der Gewerkschaften. Vgl. Dieter Plehwe/Quinn Slobodian: Landscapes of Unrest. Herbert Giersch and the Origins of Neoliberal Economic Geography. In: Modern Intellectual History 16, 1 (2019), S. 185–215, hier S. 187 f.

29 Vgl. Richard T. Griffith: A Dismal Decade? European Integration in the 1970s. In: Desmond Dinan (Hrsg.): Origins and Evolution of the European Union. 2. Aufl. Oxford/New York 2014, S. 169–189.

30 Vgl. Laurent Warlouzet: The Implementation of the Single Market Programme 1985–1992. In: Michael Gehler/Wilfried Loth (Hrsg.): Reshaping Europe. Towards a Political, Economic and Monetary Union 1984–1989. Baden-Baden 2020, S. 247–262.

31 Vgl. Nicolas Jabko: Playing the Market. A Political Strategy for Uniting Europe, 1985–2005. Ithaca/New York 2006, S. 1–9. Laurent Warlouzet hat herausgearbeitet, dass neben einer Politik der ökonomischen Liberalisierung protektionistische und soziale Maßnahmen

sollten. Neben der Vollendung des Binnenmarktes ging es vor allem um die Wirtschafts- und Währungsunion, eine sie flankierende Sozialpolitik, den Status des Europäischen Parlaments im Institutionengefüge und eine gemeinsame Außenpolitik.³²

Die Aussicht auf eine mögliche Erweiterung ließ es geboten erscheinen, die Reformvorschläge in trockene Tücher zu bringen, bevor dies bei noch mehr Mitgliedstaaten ungleich schwieriger würde.³³ Ein ähnlicher Reflex war bei den vorangegangenen Erweiterungsrounds 1973 (Großbritannien, Irland und Dänemark) und 1986 (Spanien und Portugal, Griechenland war 1981 nahezu geräuschlos beigetreten) zu beobachten gewesen. In den 1970er Jahren wurde die Gemeinsame Agrarpolitik institutionalisiert, sodass sie fortan auch von den neuen Mitgliedstaaten mitgetragen werden musste. Mitte der 1980er Jahre wurde die Finanzierung des Gemeinschaftsbudgets neu aufgelegt, um zu verhindern, dass die Ausgaben nach der Süderweiterung anschwellen.³⁴ Auch das Europäische Parlament erkannte diesen Konnex. Anfang 1989 warnte es, dass es einer potentiellen Erweiterung nur zustimmen würde, wenn es mit mehr Rechten ausgestattet würde, um in einer vergrößerten Gemeinschaft überhaupt noch Gehör zu finden.³⁵

Für alle entscheidenden Akteure – mit einer gewichtigen Ausnahme – stand bereits vor dem ereignisreichen Herbst 1989 viel auf dem Spiel. Die französische Regierung war fest entschlossen, die Gemeinschaft zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik zu bewegen, die nicht von der Bundesrepublik dominiert war. Die Europäische Kommission hoffte, sich mit ihrer Argumentation durchzusetzen, dass die Währungsunion von einer europäischen Sozialpolitik begleitet werden müsse – ein Bereich, auf dem die EG bisher kaum tätig geworden war.³⁶ Auch für die Bundesrepublik stand einiges auf dem Spiel. Neben der Gestaltung der Währungsunion nach ihren ordnungspolitischen Prämissen war ihr daran gelegen, das Europäische Parlament zu stärken. Zum einen weil die Bundesrepublik dort mit vielen Abgeordneten vertreten war, aber auch da die Verlagerung der politischen Auseinandersetzung in das Rund des Straßburger Sitzungssaals dem auf

sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene weiterexistierten, Vgl. ders.: *Governing Europe in a Globalizing World. Neoliberalism and its Alternatives Following the 1973 Oil Crisis*. London/New York 2018, S. 16–37.

32 Vgl. Mark Gilbert: *European Integration. A Concise History*. Lanham 2012, S. 143–171.

33 Vgl. Piers Ludlow: *European Integration in the 1980s. On the Way to Maastricht?* In: *Journal of European Integration History* 1 (2013), S. 11–22, hier S. 21 f.

34 Anna Michalski: *The Enlarging European Union*. In: Dinan (Hrsg.), *Origins and Evolution* (wie Anm. 30), S. 274–301, hier S. 284–290.

35 Vgl. Vermerk Zur Strategie des Europäischen Parlaments im Hinblick auf die Schaffung der Europäischen Union, 6. April 1989. In: PA AA, B 210/162240.

36 Vgl. die Rede von Jacques Delors vor dem Collège d'Europe in Brügge vom 17.10.1989, https://www.cvce.eu/obj/discours_de_jacques_delors_bruges_17_octobre_1989-fr-5bbb1452-92c7-474b-a7cf-a2d281898295.html [5.5.2021], S. 8 ff.

Ausgleich ausgerichteten Politikverständnis der Bundesrepublik viel eher entsprach als die hochdramatische Gipfeldiplomatie.³⁷ Die Ausnahme war die britische Regierung, die jenseits einer weiteren Liberalisierung des Binnenmarktes, beispielsweise beim Kapitalverkehr, keinen Vorteil in weitgehenden Reformverhandlungen sah und daher auch nicht zufällig dafür plädierte, die Aufmerksamkeit von der innergemeinschaftlichen auf die internationale Ebene zu verschieben.³⁸

Weniger offensichtlich, aber ebenso wichtig war zweitens, dass diese Themen seit dem Ende der 1970er Jahre intensiv diskutiert wurden und durch die Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte im Dezember 1986 noch einmal Aufwind bekommen hatten. Durch historische und institutionelle Pfadabhängigkeiten war eine Dynamik *sui generis* entstanden, die ohne aktives Entgegenhandeln nur noch schwer zu stoppen war. Die Europapolitik war dadurch keineswegs determiniert. Politische Krisen konnten jedoch, so hat es jüngst Andreas Wirsching gefasst, „nur mittels jener Instrumente und im Rahmen jener Institutionen gelöst werden, die der historische Pfad zur Verfügung gestellt hat.“³⁹ Diese Pfadabhängigkeiten trugen entscheidend dazu bei, dass die Verhandlungen nicht ins Stocken gerieten, obwohl sich der internationale Kontext dramatisch verändert hatte. Anhand der wichtigsten Komponente in den Verhandlungen zur Gründung einer Europäischen Union, der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), lässt sich dieser Effekt illustrieren.

Die Idee einer Währungsunion wurde bereits Ende der 1960er Jahre diskutiert, bevor das Thema nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre akut wurde. Mit der Gründung des EWS 1979, das auf einer Kooperation der nationalen Notenbanken basierte, erreichte die Initiative zur währungspolitischen Zusammenarbeit einen vorläufigen Höhepunkt.⁴⁰ Das EWS geriet jedoch schnell an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Frankreich war mehrmals gezwungen, empfindlich abzuwerten, um den Franc im System zu halten. Die Weiterentwicklung des EWS mit dem Fernziel WWU, wie sie auch von Genscher und seinem italienischen Amtskollegen in der sogenannten Genscher-Colombo-Initiative von 1981 gefordert wurde, fand trotz der bestehenden Probleme in der

37 Diesen Gedanken hat Dominik Geppert in seiner Antrittsvorlesung an der Universität Potsdam am 23.10.2019 formuliert. Vgl. die gekürzte Fassung der Vorlesung, ders.: Brexit in historischer Perspektive. In: Merkur 850 (2020), S. 77–84.

38 Vgl. Ludlow: European Integration (wie Anm. 33), S. 14.

39 Vgl. Andreas Wirsching: Ein „Europäischer Gesetzgeber“? In: Kiran Klaus Patel/Hans Christian Röhl (Hrsg.): Transformation durch Recht. Tübingen 2020, S. 227–255, hier S. 253 f. Eine entscheidende Rolle bei der Institutionalisierung der EG spielte dabei das Gemeinschaftsrecht. Vgl. ebd., S. 254 f.

40 Zur Entstehung des EWS vgl. Emmanuel Murlon-Druol: A Europe Made of Money. The Emergence of the European Monetary System. Ithaca 2012.

Währungspolitik vorerst nicht statt.⁴¹ Die EG war zu sehr mit anderen Problemen beschäftigt: der ausufernden Agrarpolitik, den Ungleichgewichten im Budget, die die britische Regierung in die Fundamentalopposition gehen ließ, und der Frage, wie mit den Beitrittsgesuchen von Spanien und Portugal umzugehen war. Die WWU war als Ziel dennoch nie gänzlich verschwunden. So fand sie beispielsweise in der Einheitlichen Europäischen Akte Erwähnung. Nachdem die Süderweiterung vollzogen und vorläufige Antworten auf die akuten innergemeinschaftlichen Probleme gefunden worden waren, gelangte die WWU daher schnell wieder an die Spitze der Agenda. Genschers „Memorandum für die Schaffung eines europäischen Währungsraumes und einer Europäischen Zentralbank“ vom 26. Februar 1988 war Ausdruck dieser Reaktualisierung.

Als Grund für die neue Dringlichkeit des Themas nannte er zwei Probleme, die den Nebenwirkungen von Globalisierung und Deregulierung⁴² zuzurechnen sind und nicht dem Ost-West-Konflikt: „die währungspolitischen Turbulenzen der letzten Monate und die Internationalisierung der Finanzmärkte“.⁴³ Auch im sogenannten Delors-Bericht vom 17. April 1989, in dem konkrete Schritte für die Schaffung einer WWU ausgearbeitet wurden, ist die Ost-West-Dimension abwesend. Ihre Legitimation erfuhr die WWU dort im Zusammenhang mit dem großen Liberalisierungsprojekt der 1980er Jahre, dem barrierefreien Binnenmarkt: „The success of the internal market programme hinges to a decisive extent on a much closer coordination of national economic policies, as well as on more effective Community policies.“⁴⁴

Zu Beginn des Jahres 1989 war die Debatte zur Schaffung der WWU also bereits weit fortgeschritten, ohne dass dafür der Ost-West-Konflikt oder dessen Ende ursächlich waren. Noch bevor Mauerfall und deutsche Wiedervereinigung absehbar waren, hatte sich abgezeichnet, dass unter der französischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1989 Entscheidungen zur

41 Draft European Act submitted by the Governments of the FRG and Italy (6 November 1981), S. 6, auf der Website des CVCE: <https://www.cvce.eu/> [24.5.2020].

42 Vgl. für den Paradigmenwechsel vom sozial-korporatistischem „Regulierungsparadigma“ der Nachkriegszeit zum „Dynamisierungsparadigma“ des „apertistischen Liberalismus“, der in den 1980er Jahren immer stärker sichtbar wurde, Andreas Reckwitz: *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin 2019, S. 248–268.

43 Hans-Dietrich Genscher: *Memorandum für die Schaffung eines Europäischen Währungsraumes und einer Europäischen Zentralbank* (Diskussionsgrundlage), 26.2.1988. In: Henry Krägenau/Wolfgang Wetter (Hrsg.): *Europäische Wirtschafts- und Währungsunion*. Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht. Analysen und Dokumentation. Baden-Baden 1993, S. 309 f.

44 Report on economic and monetary union in the European Community (12 April 1989), S. 5, auf der Website des CVCE: <https://www.cvce.eu/> [24.5.2020]. Zur Geschichte der WWU vgl. ausführlich David Marsh: *The Euro. The Battle for the New Global Currency*. New Haven 2011; Harold James: *Making the European Monetary Union. The Role of the Committee of Central Bank Governors and the Origins of the European Central Bank*. Cambridge, MA 2012, S. 181–382.

WWU fällig waren. Dies lag daran, dass von der französischen Präsidentschaft immer ungleich mehr erwartet wurde als von der Präsidentschaft eines kleinen oder jungen Mitgliedstaates. Zudem ging der französischen die Präsidentschaft eines Mitgliedstaates voraus, dessen Regierung für ihre Zurückhaltung bei ambitionierten Reformvorhaben bekannt war (Griechenland) und eines Landes, das gerade erst beigetreten war (Spanien). Ihr folgte die Präsidentschaft eines weiteren kleinen Mitgliedstaates (Irland) nach. Es konnte daher mit guten Gründen davon ausgegangen werden, dass die französische Regierung, die als die entschiedenste Verfechterin der Währungsunion galt, auf einen Durchbruch während ihrer Präsidentschaft im Winter 1989 drängen würde.⁴⁵

Auch der Verlauf der Debatte legte Entscheidungen im zweiten Halbjahr 1989 nahe. Nachdem der Delors-Bericht im Frühjahr desselben Jahres weitgehend positiv aufgenommen wurde, galt es den Fahrplan zur Währungsunion festzulegen. Im Sommer einigte man sich auf den Beginn der ersten von drei Stufen. Ausschlaggebend war jedoch der Sprung auf Stufe zwei, nachdem ein Zurück nicht mehr möglich war – jedenfalls nicht, ohne erheblichen diplomatischen Schaden anzurichten. Mitterrand hatte früh angekündigt, noch während seiner Präsidentschaft den Termin für eine Regierungskonferenz festlegen zu wollen, auf der der Sprung gewagt werden sollte.⁴⁶ Akten aus dem Bundeskanzleramt belegen, dass die Bundesregierung diesen Zeitplan grundsätzlich teilte. Auf dem Ratsgipfel in Madrid könnten nur „gewisse Weichenstellungen“ vorgenommen werden, so Helmut Kohl im Gespräch mit Kommissionspräsident Jacques Delors am 11. April 1989, „um dann im Dezember beim Europäischen Rat unter französischer Präsidentschaft die endgültigen Entscheidungen zu treffen.“⁴⁷

Die bahnbrechende Übereinkunft für die Währungsunion wurde dann tatsächlich, wie von Kohl antizipiert, auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 6. und 7. Dezember 1989 in Straßburg unter französischer Präsidentschaft vorgenommen. Der Gipfel galt lange als Paradebeispiel für den Vorrang der Geopolitik vor der europäischen Integration: Erst als mit dem Mauerfall wenige Wochen zuvor die „deutsche Frage“ wieder offen gestellt wurde, sei Helmut Kohl dazu bereit gewesen, der Währungsunion zuzustimmen, um damit grünes Licht aus Paris für die deutsche Wiedervereinigung zu erhalten. Die Forschung hat jedoch zeigen können, dass Kohl der Währungsunion bereits spätestens im Juni 1989 prinzipiell zugestimmt hatte, als die „deutsche Frage“ noch nicht die politische Agenda in Europa domi-

45 Vgl. Schotters: Frankreich (wie Anm. 3), S. 355–365.

46 Vgl. Wilfried Loth: Helmut Kohl und die Währungsunion. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (2013), S. 455–480, hier S. 464.

47 Vermerk Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der EG-Kommission am 6. April 1989 in Paris. In: Bundesarchiv Koblenz (BA), B 136/34922.

nierte. Die „friedliche Revolution“ in der DDR erhöhte dann noch einmal den Druck, den eingeschlagenen Weg rasch zu Ende zu gehen. Wer konnte schon mit Sicherheit sagen, dass sich die deutschen Prioritäten in der Europapolitik nicht doch verschieben könnten, wenn es einmal wiedervereinigt war? Die „friedliche Revolution“ wirkte somit als Katalysator für einen Prozess, der unabhängig vom Ost-West-Konflikt bereits weit fortgeschritten war.⁴⁸

Ähnliches ließe sich für die Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments zeigen, die nicht zuletzt auf Druck des Parlaments selbst seit Jahren verfolgt wurde. Seit seiner ersten Direktwahl 1979 war das Straßburger Parlament selbstbewusster und 1984 mit einem „Entwurf eines Vertrags zur Gründung der Europäischen Union“ initiativ geworden. Darin hatte es den Aufstieg des Parlaments zu einer von zwei gleichberechtigten Kammern nach amerikanischem Vorbild gefordert.⁴⁹ Vier Jahre später konfrontierte es die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten mit der Forderung, dass ihm per europaweitem Referendum das Mandat für die Ausarbeitung einer Verfassung für die Europäische Union übertragen werden sollte.⁵⁰ Das Europäische Parlament hatte so den Begriff „Europäische Union“ eng mit der Verbesserung seiner eigenen Stellung im Institutionengefüge verknüpft. CDU und FDP hatten das Straßburger Parlament in seinen Anliegen immer wieder grundsätzlich unterstützt.⁵¹ Hans-Dietrich Genscher bezeichnete die Befugnisse des Europäischen Parlaments gegenüber seinen Amtskollegen im Februar 1989 als mangelhaft und „im übrigen der europäisch-demokratischen Tradition unwürdig“. ⁵² Auch hier war also durch Pfadabhängigkeiten der Druck, zeitnah substantielle Reformen durchzuführen, groß geworden.

48 Vgl. Andreas Rödter: Transferring a civil revolution into high politics. In: Bozo u.a. (Hrsg.): German Reunification (wie Anm. 3), S. 43–66, insb. S. 51–54; Ritter: Deutschland und Europa (wie Anm. 9), S. 238 f.; Loth: Helmut Kohl (wie Anm. 46), S. 480.

49 Vgl. Draft Treaty establishing the European Union (14 February 1984), https://www.cvce.eu/en/obj/draft_treaty_establishing_the_european_union_14_february_1984-en-0c1f92e8-d644-4408-b569-c464cc1e73c9.html [02.07.2020], §§ 36–38.

50 Vgl. Brief von Anding (Bundeskanzleramt) an Bächmann (Auswärtiges Amt) vom 15.02.1989. In: PA AA, B 210/162240. Von dieser Forderung rückte es Anfang des Jahres 1989 wieder ab. Vgl. Telegramm von Grünhage (Ständige Vertretung in Brüssel) an das Auswärtige Amt vom 16.02.1989. In: Ebd.

51 Vgl. beispielsweise die Rede von Staatsminister im Auswärtigen Amt Alois Mertes (CDU) im Bundestag am 13.04.1984: „Die Bundesregierung hat die dreijährigen Arbeiten des Europäischen Parlaments an diesem Vertragsentwurf mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Sie würdigt den am 14. Februar verabschiedeten Vorschlag als das größte einzelne Projekt des Europäischen Parlaments in seiner ersten Direktwahlperiode. [...] Auch in diesem Sinne verdient das Europaparlament die aktive Solidarität des nationalen deutschen Parlaments.“ Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 10. Wahlperiode, 68. Sitzung, 13.04.1984, S. 4790. Bundeskanzler Helmut Kohl äußerte sich ähnlich in einer Rede vor dem Bundesrat am 8. Februar 1985, vgl. Deutscher Bundesrat, Stenographischer Bericht, 547. Sitzung, Plenarprotokoll 547, S. 57.

52 Vermerk von Berger vom 16. April 1989. In: PA AA, B 210/162240.

Andreas Wilkens hat für die Europapolitik der Regierung Willy Brandt in den 1970er Jahren die These aufgestellt, dass die Bonner Haltung exakt die gleiche gewesen wäre, „down to the last comma“, hätte es parallel dazu nicht die Neue Ostpolitik gegeben.⁵³ Eine ähnliche These für die Europapolitik in den Jahren vor 1992 ginge zu weit. Europäische Integration und das Ende des Ost-West-Konflikts waren nicht bis auf das letzte Komma sauber voneinander zu trennen. Bei den Verhandlungen zur Europäischen Union ging es nicht zuletzt darum, einen bestehenden Integrationsstand in einer beschleunigten Gegenwart für eine ungewisse Zukunft nach dem Zusammenbruch der Erfahrungswelt „Kalter Krieg“ zu bewahren. Was auch immer die Zukunft bringen mochte, der Weg zur Europäischen Union sollte „unumkehrbar“ sein, wie Helmut Kohl immer wieder betonte.⁵⁴ Dennoch sind Aussagen von Politikerinnen und Politikern der FDP, die hier im Mittelpunkt steht, zu relativieren, die die europäische Integration in ein derart enges Wechselverhältnis mit dem Ende des Kalten Krieges stellten, dass letzterer als ihre *raison d'être* erschien. „Im späten 20. Jahrhundert“, so hat es Odd Arne Westad formuliert, „gab es viele wichtige historische Entwicklungen, die weder durch den Kalten Krieg hervorgerufen noch von ihm bestimmt waren. Er war nicht für alle Phänomene entscheidend, aber er beeinflusste die meisten“.⁵⁵ Diese Beobachtung gilt auch für den europäischen Integrationsprozess in den Jahren 1987 bis 1992.⁵⁶

III.

Damit ist allerdings noch nicht erklärt, warum die FDP als Partei den europäischen Integrationsprozess auf dem Weg zur Europäischen Union mit großem Engagement unterstützte – in Selbstverständnis und Fremdwahrnehmung war die FDP durchweg eine „pro-europäische“ Partei.⁵⁷ Im Folgenden wird argumentiert, dass es für die FDP auch jenseits der Ost-West-Thematik starke Anreize gab, die Integrationsdynamik zu unterstützen. Wichtige Reformvorhaben auf dem Weg zur Europäischen Union speisten sich aus einem

53 Andreas Wilkens: New Ostpolitik and European integration. Concepts and policies in the Brandt era. In: Piers Ludlow (Hrsg.): European Integration and the Cold War. Ostpolitik-Westpolitik 1965–1973. London/New York 2007, S. 67–81, hier S. 75.

54 So beispielsweise bei der Erklärung der Bundesregierung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Maastricht, abgegeben von Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag, 17. Dezember 1991. In: Bulletin der Bundesregierung 142–91, S. 1.

55 Odd Arne Westad: Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte. Stuttgart 2019, S. 10.

56 Vgl. N. Piers Ludlow: The History of the EC and the Cold War. Influenced and Influential, but Rarely Centre Stage. In: Krotz u.a. (Hrsg.): Europe's Cold War Relations (wie Anm. 3), S. 15–29.

57 Vgl. Bresselau von Bressensdorf: Liberale Europapolitik? (wie Anm. 20).

Reservoir wirtschaftsliberaler Strömungen, an die die FDP nahtlos anknüpfen konnte.

Kenneth Dyson hat jüngst unterstrichen, die Unterteilung des Liberalismus in verschiedene Gruppierungen „is essentially a question of the preponderance, not the exclusive possession, of certain characteristics.“⁵⁸ Im Anschluss daran kann es hier nicht darum gehen, eine Reihe von scharf konturierten Ideologemen gegenüberzustellen oder gar eine Typologie des Liberalismus als solchem vorzunehmen. Im Folgenden sollen lediglich drei Strömungen des Wirtschaftsliberalismus herausgearbeitet werden, die für das enge Feld der Europapolitik in den 1980er Jahren maßgeblich waren. Die Grenzen zwischen diesen Strömungen verschwammen in der politischen Praxis häufig. Eine heterogene Partei wie die FDP lässt sich daher auch nicht als Ganzes einer dieser Strömungen zuordnen. Zusammengenommen bildeten sie jedoch ein intellektuelles Reservoir, aus dem Politiker der FDP, insbesondere im Außen- und Wirtschaftsministerium, bei der Formulierung europapolitischer Positionen schöpfen konnten.

Die erste Strömung war ein konservativer Wirtschaftsliberalismus, der insbesondere von christdemokratischen Kreisen in der Bundesrepublik vertreten wurde. Diese Strömung hatte wichtige intellektuelle Wurzeln im *Ordo-Liberalismus* der Freiburger Schule, ohne in diesem vollends aufzugehen.⁵⁹ Sie kann nicht nur wegen ihrer parteipolitischen Nähe als konservativ gelten, sondern auch, da sie für eine Reihe von ökonomischen Grundprinzipien stand, für die ihre Sympathisantinnen und Sympathisanten unabhängig von Veränderungen in Politik und Gesellschaft Gültigkeit beanspruchten.⁶⁰ Der Staat sollte einen robusten, rechtsbasierten Rahmen für die Märkte garantieren, aber nur dann steuernd in das Wirtschaftsleben eingreifen, wenn der freie Wettbewerb bedroht war.⁶¹ Die Inflation, Mutter aller Wirtschaftskrisen, galt es mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in Schach zu halten. Konsolidierte Haushalte und eine geringe Schuldenquote seien dafür eine wichtige Voraussetzung. Die Währungspolitik, einmal einer unabhängigen Zentralbank anvertraut, habe sich ausschließlich dem Ziel der Geldwertstabilität zu verschreiben.⁶² Der starke Wille zur Bewahrung dieser Kernbe-

58 Kenneth Dyson: *Conservative Liberalism, Ordo-Liberalism and the State. Disciplining Democracy and the Market*. Oxford 2021, S. 80.

59 Kenneth Dyson definiert *Ordo-Liberalismus* als „most coherent and developed form“ eines konservativen Liberalismus. Vgl. ebd., S. 2.

60 Vgl. ebd., S. 77–96; Otto Schlecht/Gerhard Stoltenberg (Hrsg.): *Soziale Marktwirtschaft. Grundlagen, Entwicklungslinien, Perspektiven*. Freiburg im Breisgau 2001, S. 9–15.

61 Vgl. Dyson: *Conservative Liberalism* (wie Anm. 58), S. 86.

62 Vgl. Guido Thieme: *Economic Models in France and Germany and the Debates on the Maastricht Treaty*. In: *Journal of European Integration History* 19, 1 (2013), S. 85–104, hier S. 97–99; Laurent Warloutet: *The EEC/EU as an Evolving Compromise between French Dirigism and German Ordoliberalism (1957–1995)*. In: *Journal of Common Market Studies* 57, 1 (2019), S. 77–93, hier S. 79–81.

stände nährte sich, jedenfalls im bundesrepublikanischen Kontext, aus der Überzeugung, damit die Lehren aus der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert gezogen zu haben – von der Hyperinflation in den 1920er Jahren über die Aufgabe währungspolitischer Autonomie während der NS-Zeit bis zu den planwirtschaftlichen Steuerungsversuchen in der DDR.⁶³

Als 1982 CDU, CSU und FDP die Regierungsgeschäfte übernahmen, erhielt die bundesrepublikanische Europapolitik eine konservativ-wirtschaftsliberale Ausrichtung. Prägend war insbesondere der langjährige Finanzminister Gerhard Stoltenberg, den Friedrich Merz später einmal das „ordnungspolitische Gewissen der Union“⁶⁴ nannte. Bei der Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion machte Stoltenberg seinen Einfluss geltend. Die Europäische Zentralbank wurde auf Druck des Finanzministeriums und der Bundesbank, die dem Ordo-Liberalismus traditionell nahestand,⁶⁵ nach dem Vorbild der Bundesbank modelliert.⁶⁶

Auch in der FDP war der Einfluss des konservativen Wirtschaftsliberalismus nach dem Koalitionswechsel stärker spürbar. Er wurde durch den neuen Koalitionspartner an die FDP herangetragen, hatte aber auch in der Partei selbst zahlreiche Anhängerinnen und Anhänger auf dem wirtschaftsliberalen Parteiflügel, der sich in den innerparteilichen Auseinandersetzungen, die 1982 zum Koalitionswechsel führten, gegen den linken Parteiflügel durchgesetzt hatte.⁶⁷ In der Europapolitik der FDP schlug sich die programmatische Wende besonders deutlich in der Währungspolitik nieder. Hier schloss sich die FDP den Präferenzen von Finanzministerium und Bundesbank und damit einem konservativ-wirtschaftsliberalen Programm an. Das Genscher-Memorandum von 1988, in dem sich der Außenminister eine strikte Orientierung auf Geldwertstabilität und die Gründung einer starken, aber unabhängigen Zentralbank zu eigen machte, war der Versuch, eine Brücke zu schlagen zwi-

63 Vgl. Schlecht/Stoltenberg (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft (wie Anm. 60), S. 10–14; Thomas Biebricher: Neoliberalismus zur Einführung. Hamburg 2012, S. 46–49.

64 Friedrich Merz: Freiheit und Verantwortung – Gerhard Stoltenbergs Politik in Land, Bund und Europa. In: Bernhard Vogel (Hrsg.): Gerhard Stoltenberg – ein großer Politiker und sein Vermächtnis. Sankt Augustin 2002, S. 25–33, hier S. 30.

65 Vgl. Dyson: Conservative Liberalism (wie Anm. 58), S. 387–395. Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl selbst stand dem Ordo-Liberalismus ebenfalls nahe. Seit 1982 war er Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung. Für ihn waren „Geldwertstabilität und Wettbewerb ganz im Sinne Walter Euckens in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Prinzipien mit Verfassungsrang“. Zit. nach dem Nachruf auf Pöhl: <https://www.ludwig-erhard.de/erhard-aktuell/karl-otto-poehl-nachruf/> [26.11.2020].

66 Kenneth Dyson/Kevin Featherstone: The Road to Maastricht. Negotiating Economic and Monetary Union. Oxford 1999, S. 306–320.

67 Vgl. Jürgen Dittbener: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung. 2. Aufl. Wiesbaden 2010, S. 45–59; vgl. außerdem Eckart Conze: Eine liberale Ära? Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik zwischen „Machtwechsel“ und „Wiedervereinigung“. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29 (2017), S. 9–22, hier S. 18–21.

schen den europapolitischen Ambitionen seines Autors und den ordnungspolitischen Überzeugungen, die im Finanzministerium, der Bundesbank und in Teilen der eigenen Partei herrschten.⁶⁸ Viele konservative Wirtschaftsliberale warnten zwar vor einer zu raschen Einführung der Währungsunion. Die im Genscher-Memorandum formulierten Eckpfeiler der WWU stimmten jedoch – bei allen Unterschieden im Detail – mit wichtigen Präferenzen von Finanzministerium und Bundesbank überein.⁶⁹ Darunter die „Orientierung der Integrationsschritte am Stabilitätsziel, insbesondere der Geldwertstabilität“ sowie die „Ausrichtung der monetären Integration in unserem Sinne, insbesondere in Bezug auf die Konstruktionsmerkmale des Europäischen Zentralbanksystems“, wie es in einem Positionspapier des Finanzministeriums vom 22. Mai 1988 hieß.⁷⁰

Daneben war in der Europapolitik der 1980er Jahre eine deregulierende Strömung des Wirtschaftsliberalismus bedeutsam. Der deregulierende Wirtschaftsliberalismus ging in seiner Orientierung auf den Markt als Leitbild für Wirtschaft und Gesellschaft weiter als sein konservatives Pendant, teilte mit ihm jedoch wichtige ökonomische Prämissen. Kernelemente beider Strömungen waren Wettbewerb und Preismechanismus sowie ein in erster Linie ökonomisches Verständnis von Freiheit.⁷¹ Der entscheidende Unterschied zwischen konservativem und deregulierendem Wirtschaftsliberalismus war das Verständnis von der Rolle des Staates im Wirtschaftsleben. In konservativer Lesart kam dem Staat als Ordnungsinstanz eine wichtige Funktion zu. Gezielte Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben waren in dieser Perspektive eine Voraussetzung für die optimale Entfaltung der Marktkräfte. Es galt das Prinzip „Regeln für den Markt“. Vertreterinnen und Vertreter des deregulierenden Wirtschaftsliberalismus standen Eingriffen in die Wirtschaft hingegen grundsätzlich ablehnend gegenüber. „How can we keep the government we create from becoming a Frankenstein that will destroy the very freedom we establish it to protect?“,⁷² fragte Milton Friedman, der bekannteste Vertreter der einflussreichen Chicago School, in seiner Schrift „Capita-

68 Vgl. Dyson/Featherstone: *The Road* (wie Anm. 66), S. 331 f.; Ritter: *Deutschland und Europa* (wie Anm. 9), S. 211; Wilfried Loth: *Between France and the Bundesbank: Hans-Dietrich Genscher, Helmut Kohl and the Breakthrough of the Monetary Union*. In: Gehler/Loth: *Reshaping Europe* (wie Anm. 30), S. 331–346, hier S. 332–336.

69 Vgl. Dyson/Featherstone: *The Road* (wie Anm. 66), S. 332–334. Zur Kritik am Genscher-Memorandum vgl. Gerhard Stoltenberg: *Wendepunkte. Stationen deutscher Politik, 1947–1990*. Berlin 1997, S. 328 f.

70 Vermerk Delors-Bericht zur Wirtschafts- und Währungsunion, 22. Mai 1989. In: PA AA, B 224/168729.

71 Vgl. Ralf Ptak: *Neoliberalism in Germany. Revisiting the Ordoliberal Foundations of the Social Market Economy*. In: Philip Mirowski/Dieter Plehwe (Hrsg.): *The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. 2. Aufl. Cambridge (MA)/London 2015, S. 98–138, hier S. 100.

72 Milton Friedman: *Capitalism and Freedom*. Chicago/London 1962, S. 2.

lism and Freedom“ von 1962 und setzte damit den Ton einer Debatte, die zwei Jahrzehnte später auch Europa beschäftigte. In seiner radikalsten Form stand der deregulierende Wirtschaftsliberalismus für einen „roll-back“ des Staates. Dieser betraf zuerst die sozialen Sicherungssysteme und schrittweise auch andere Bereiche, in denen der Staat bisher als wirtschaftlicher Akteur aufgetreten war. An seine Stelle sollte das Leistungsprinzip treten. Große Hoffnungen wurden zudem in die Privatisierung wichtiger Infrastrukturen wie Schienennetz, Telekommunikation oder Energieversorgung gesetzt.⁷³ Das Prinzip „Regeln durch den Markt“ war leitgebend.

Margaret Thatcher war in der Europäischen Gemeinschaft die prominenteste Vertreterin des deregulierenden Wirtschaftsliberalismus. In der Europapolitik drückte sich dies vor allem im leidenschaftlichen Einsatz der Premierministerin für den Abbau nichttarifärer Handelsbarrieren im EG-Binnenmarkt, beispielsweise durch national festgesetzte Produktnormen, und im Widerstand gegen vermeintliche Zentralisierungstendenzen in der Gemeinschaft aus. „We have not successfully rolled back the frontiers of the state in Britain, only to see them re-imposed at a European level with a European super-state exercising a new dominance from Brussels“;⁷⁴ polemisierte Thatcher in ihrer berühmten Rede vor dem Europa-Kolleg in Brügge im September 1988.

Der deregulierende Wirtschaftsliberalismus wurde vor allem als anglo-amerikanisches Phänomen wahrgenommen. Aber auch in Kontinentaleuropa war er verbreitet.⁷⁵ Das galt insbesondere für die FDP, die sich bereits mit den „Kieler Thesen“ von 1977, spätestens jedoch mit dem „Lambsdorff-Papier“ und dem Ende der sozial-liberalen Koalition 1982 wirtschaftspolitisch wieder stärker am Leitbild des freien Marktes orientierte.⁷⁶ Die Neuausrich-

73 Vgl. Biebricher: Neoliberalismus (wie Anm. 63), S. 100–105.

74 Margaret Thatcher: Speech to the College of Europe, 20. September 1988: <https://www.margareththatcher.org/document/107332> [18.12.2020].

75 Vgl. beispielsweise die Beiträge in Hans D. Barbier (Hrsg.): Die Moral des Marktes. Wirtschaftspolitik in einer offenen Welt. Frankfurt a.M. 1990. Dieter Plehwe und Quinn Slobodian haben kürzlich die zentrale Rolle des deutschen Ökonomen Herbert Giersch bei der Zirkulation neoliberaler Ideen auf dem Kontinent herausgearbeitet. Vgl. dies.: Landscapes of Unrest. Herbert Giersch and the Origins of Neoliberal Economic Geography. In: *Modern Intellectual History* 16 (2019), S. 185–215.

76 Vgl. Otto Graf Lambsdorff: Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, 9. September 1982: <https://www.freiheit.org/sites/default/files/2019-12/in5-113-lambsdorff-papier-1992.pdf> [4.5.2021]. Für eine historische Einordnung des Papiers vgl. Gérard Bökenkamp/Jürgen Frölich: Das „Lambsdorff-Papier“ – entscheidende Wendemarke in der bundesdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. In: Gérard Bökenkamp u.a. (Hrsg.): 30 Jahre „Lambsdorff-Papier“. Texte und Dokumente zum „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ (9. September 1982). Berlin 2012, S. 7–13; Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990. München 2006, S. 19 ff.

tung in der Wirtschaftspolitik spiegelte sich in der Europapolitik der FDP. Die Partei wurde zu einer vehementen Verfechterin des Binnenmarktpjekts. Hier tat sich das FDP-geführte Bundeswirtschaftsministerium hervor. Es setzte sich dafür ein, dass die Deregulierung des Binnenmarktes auch nach der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte oberste Priorität der bundesdeutschen Europapolitik blieb. Das von Martin Bangemann, später Kommissar für den Binnenmarkt in der Europäischen Kommission, geleitete Ministerium forderte den Abbau von Kapitalverkehrsbeschränkungen, den Aufbau eines gemeinsamen Marktes für Finanzdienstleistungen, die Öffnung öffentlicher Beschaffungsmärkte und die Liberalisierung von Straßengüter- und Luftverkehr.⁷⁷ Auch beim Außenhandel setzte der Wirtschaftsminister auf Deregulierung. „Sehr engagiert vertrat BM Bangemann die feste Überzeugung“, heißt es dazu in einem Telegramm aus der Ständigen Vertretung in Brüssel anlässlich eines Besuchs des Ministers beim Ausschuss für Außenwirtschaftsfragen des Europäischen Parlaments vom 25. März 1988, „dass die Gemeinschaft sowohl die Vollendung des Binnenmarktes als auch eine liberale Außenwirtschaftspolitik braucht“. Der Binnenmarkt dürfe nicht als „closed shop“ verstanden werden.⁷⁸

In dieser Perspektive war es zudem folgerichtig, dass sich die FDP verhältnismäßig früh offen für eine Erweiterung der EG um die Staaten Zentral- und Osteuropas zeigte. Neben geopolitischen eröffneten sich auch ökonomische Perspektiven. Die Erweiterung der EG bedeutete schließlich die Ausdehnung eines, so eine Formulierung von Genscher aus dem Jahr 1990, „umfassenden europäischen Wirtschaftsraum[s] auf der Grundlage der Marktwirtschaft“⁷⁹ mit neuen, bisher von internationaler Konkurrenz weitgehend abgeschirmten Absatzmärkten und Anlagemöglichkeiten.

Neben konservativen und deregulierenden Strömungen des Wirtschaftsliberalismus existierte eine dritte, sozial-liberale Strömung, die am eindeutigsten von der Europäischen Kommission unter Jacques Delors repräsentiert wurde. Delors, der seine politische Karriere als Gewerkschafter begann und später zum Finanzminister der sozialistischen Regierung unter François Mitterrand aufstieg, verkörperte wie kein anderer die Verschmelzung von linker Sozialpolitik mit einer marktorientierten Wirtschaftspolitik. Sein Name ist auf das Engste mit der Vollendung des Binnenmarktes verknüpft, von der als der „größte[n] Deregulierungsaktion der Wirtschaftsgeschichte“ die Rede

77 Vgl. Bundeswirtschaftsministerium, Schwerpunktthemen für die deutsche Präsidentschaft (erste Überlegungen), ohne Datum, vermutlich Mai 1987. In: PA AA, B 204/141865.

78 Telegramm von Selz (Ständige Vertretung Brüssel) vom 29. März 1988. In: PA AA, B 200/136041.

79 Genscher: Zukunftsverantwortung (wie Anm. 4), S. 169.

war.⁸⁰ Dass Delors das Potential für einen breiten Konsens in der EG rund um das Binnenmarktpjekt erkannt hatte, war eine wichtige Voraussetzung der sogenannten *relance européenne* Mitte der 1980er Jahre. Gleichzeitig entwickelte die Kommission die Haltung, dass die Folgen der Binnenmarktliberalisierung mit einer europäischen Sozialpolitik abgefedert werden müssten. In Brüssel befürchtete man, dass sich „aus unterschiedlichen sozialen Standards erhebliche Wettbewerbsverzerrungen ergeben könnten.“⁸¹ Warum, fragte beispielsweise im Juni 1988 der stellvertretende Kabinettschef der Kommission, François Lamoureux, könnten Produkte, die die deutsche Firma Grundig in Portugal unter an Sozialdumping grenzenden Lohnkosten zusammensetzen ließ, nicht wie Produkte aus Drittstaaten behandelt, also mit einem Einfuhrzoll versehen werden?⁸²

Von diesem sozialen Wirtschaftsliberalismus, der sich in gewichtigen Politikbereichen zwar dem Marktprinzip öffnete, vor allem in der Finanzpolitik, jedoch bei den Arbeitnehmerrechten auf einen starken Staat pochte, hatte sich die FDP mit dem Koalitionswechsel weitestgehend verabschiedet. Versatzstücke des sozial-liberalen Erbes waren aber auch nach der „Wende“ von 1982 noch zu vernehmen. So beispielsweise von Uta Würfel, die in einer Bundestagesdebatte vom 15. Juni 1989 die „soziale Dimension“ der EG als „das Faszinierendste, was wir in den vergangenen Jahrzehnten erlebt haben“ bezeichnete. Es gehe dabei

„um nichts anderes als darum, daß die Lebensbedingungen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von zwölf verschiedenen Ländern und 324 Millionen Menschen einander angeglichen werden. Alle Menschen dieses vereinten Europas, das wir anstreben, sollen dieselben Rechte und auch dieselben Pflichten haben. [...] Und es geht darum, daß das bei den verschiedenen sozialen Sicherungssystemen bisher Erreichte miteinander verglichen wird und man das Beste und das Bewährte auswählt.“⁸³

Im Kontext der späten 1980er Jahre mussten Aussagen wie diese jedoch bereits seltsam aus der Zeit gefallen wirken. Dass sich die Prioritäten der Bundesregierung verschoben hatten, zeigt ein Blick auf die Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft 1988, die maßgeblich von den FDP-geführten Mi-

80 Das Zitat wurde dem EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes zugeschrieben. Zit. nach einer Rede von Staatsministerin Adam-Schwaetzer vom 23. Oktober 1987 in Essen. In: PA AA, B 210/160872.

81 Protokoll des Gesprächs zwischen Helmut Kohl und Jacques Delors am 1. April 1987. In: PA AA, B 200/141623.

82 François Lamoureux, Note pour le Président, 2. Juni 1988. In: Historisches Archiv der Europäischen Union (HAEU), FL-628.

83 Uta Würfel vor dem Deutschen Bundestag, Stenographischer Bericht, 11. Wahlperiode, 149. Sitzung, 15.6.1989, S. 11029.

nisterien des Äußeren und der Wirtschaft ausgearbeitet wurde.⁸⁴ Im Mittelpunkt stand die Vollendung des Binnenmarktes.⁸⁵ Die Sozialpolitik tauchte auf der Agenda zunächst nicht auf. Erst später wurden auf Druck von Helmut Kohl einige Aspekte des Arbeitsschutzes aufgenommen, die über das Verbot von krebserregenden Substanzen am Arbeitsplatz jedoch nicht hinausgingen.⁸⁶ Im Wirtschaftsministerium war man sich zwar bewusst, dass die Binnenmarktliberalisierung den Mitgliedstaaten tiefgreifende Strukturanpassungen abverlangte. Als flankierende Maßnahmen setzte man dort jedoch nicht etwa auf die Festsetzung sozialer Mindeststandards oder eine europäische Arbeitslosenversicherung, wie sie von der französischen Regierung gefordert wurde.⁸⁷ Stattdessen waren nicht-interventionistische Lösungsansätze wie die Angleichung nationaler Fiskalpolitiken unter dem Stichwort „ökonomische Konvergenz“ das Mittel der Wahl.⁸⁸ Die Prioritäten des Wirtschaftsministeriums wurden von Martin Bangemann klar auf den Punkt gebracht: „Vorrang haben Fortschritte bei der Vollendung des Binnenmarktes.“ Dessen Ausbau führe zwar durchaus zu Anpassungsproblemen, auch in Deutschland. „Diese dürfen jedoch das übergeordnete Interesse [...] an der Vollendung des Binnenmarktes nicht in den Hintergrund drängen. Wir müssen die Beratungen in Brüssel auch dort voranbringen, wo es Schwierigkeiten gibt.“⁸⁹

Die FDP konnte somit aus einem breiten wirtschaftsliberalen Reservoir schöpfen. Dies war politisch vorteilhaft, da Politikerinnen und Politiker der FDP politische Botschaften je nach Anlass und Adressat flexibel anpassen konnten. Gleichzeitig wurde dadurch die konzeptionelle Klarheit der liberalen Europapolitik getrübt. Es konnte der Eindruck entstehen, die FDP stehe sowohl für einen europäischen Sozialraum als auch für Deregulierung und strikte Orientierung am Marktprinzip.

84 Das Auswärtige Amt war traditionell mit der Koordination der EG-Präsidentschaft betraut. Für die deutsche Präsidentschaft 1988 übernahm Wirtschaftsminister Martin Bangemann eine besonders aktive Rolle. Im Vorfeld der Präsidentschaft begab er sich auf eine Rundreise durch die Hauptstädte der anderen Mitgliedstaaten, um dort für die Vollendung des Binnenmarktes zu werben. Vgl. Burkard (Bundeswirtschaftsministerium) an Auswärtiges Amt, 13.10.1987. In: PA AA, B 210/162274.

85 Dafür wurde eigens ein regierungsinterner „Binnenmarktrat“ unter der Federführung des Wirtschaftsministeriums eingesetzt. Vgl. BA, N 1809/44, Trumpf an Genscher, 17.03.1987.

86 Vgl. zum Thema Arbeitsschutz den Vermerk vom 08. Juni 1988. In: PA AA, B 200/141616 und zum persönlichen Engagement Helmut Kohls in der Sozialpolitik den Drahterlass vom 10. Januar 1989. In: PA AA, B 210/162313.

87 Vgl. Note, Europe Sociale: après la Charte, 18. Januar 1990. In: AD, DAEF, 1735INVA/3775.

88 Die Umsetzung der Einheitlichen Europäischen Akte und die deutsche Präsidentschaft von Bundeswirtschaftsminister Dr. Martin Bangemann, 30. Dezember 1987. In: PA AA, B 210/162271.

89 Ebd.

Politikerinnen und Politiker der FDP stellten in den Jahren 1987 bis 1992 eine starke Verbindung zwischen der europäischen Integration und dem Ende des Ost-West-Konflikts her, die bei genauerem Hinsehen weniger naheliegend ist, als behauptet. Anhand der Verhandlungen zur Europäischen Union wurde gezeigt, dass die europäische Integration zwar nicht von der Geschichte des Ost-West-Konflikts zu trennen ist, aber dennoch einer Dynamik *sui generis* folgte. Sie war nicht nur, wie von liberalen Politikerinnen und Politikern gelegentlich insinuiert, ein politisches Instrument im Kalten Krieg. Dass die FDP den Übergang von der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union mit großem Engagement unterstützte, lag vielmehr auch daran, dass wichtige Reformvorhaben von verschiedenen Strömungen des Wirtschaftsliberalismus geprägt waren, die auch die FDP vertrat. In den 1980er Jahren waren dies ein dem Ordo-Liberalismus nahestehender konservativer Wirtschaftsliberalismus, an dem sich die FDP in der europäischen Währungspolitik orientierte, und ein deregulierender Wirtschaftsliberalismus, der seit dem Ende der 1970er Jahre an Einfluss gewonnen hatte. Dies drückte sich vor allem im Einsatz der FDP für die Liberalisierung des europäischen Binnenmarktes aus. Das sozial-liberale Erbe klang in der Europapolitik der FDP noch nach, trat jedoch zunehmend hinter ihre neuen, stärker am Marktprinzip ausgerichteten Prioritäten zurück.